



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT  
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN  
DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES  
DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

p.B.41.21.03 - AZ

Bern, 27. Dezember 1990

Bitte dieses Zeichen in der Antwort wiederholen  
Prière de rappeler cette référence dans la réponse  
Pregasi rammentare questo riferimento nella risposta

Verteiler

EJPD

- Herrn Bundespräsident A. Koller
- Generalsekretariat
- Bundesamt für Flüchtlinge

EDA

- Herrn Bundesrat R. Felber
- Herrn Staatssekretär K. Jacobi
- Generalsekretariat
- Sekretariat des Departementschefs
- Direktion für internationale Organisationen
- Direktion für Völkerrecht
- Politische Abteilung I
  - Europaratsdienst
  - Koordinator für Osteuropahilfe
- Politische Abteilung II
- Politische Abteilung III
- Abteilung für humanitäre Hilfe
- Politisches Sekretariat
- Integrationsbüro EDA/EVD
- Schweizerische Botschaften in Ankara, Bonn, Bukarest, Helsinki, Kopenhagen, Moskau, Rom, Wien
- Ständige Vertretung der Schweiz beim Europarat, Strassburg
- Ständige Vertretung der Schweiz bei den i.O., Genf

Informelle zwischenstaatliche Konsultationen über Asyl- und Flüchtlingsfragen in Europa, Nordamerika und Australien;  
Sitzung vom 14. Dezember 1990 in Genf

Vorsitz: J. Widgren, UNHCR

Ort: UNO-Gebäude, Saal 23

Die wichtigsten Ergebnisse der ganztägigen Sitzung sind im folgenden zusammengefasst:



### Migration aus der UdSSR

Die möglichen migratorischen Konsequenzen des in Ausarbeitung befindlichen sowjetischen Passgesetzes werden von allen Staaten sorgfältig verfolgt. Das Gesetz liegt noch nicht als bereinigter Entwurf vor. Wir kennen nur Bruchstücke davon (Beilage 1). Die Visaanträge nehmen zu. Hingegen hat sich die Anzahl der Asylgesuche sowjetischer Staatsbürger in absoluten Zahlen nur geringfügig erhöht. Eine Auswanderungs- oder Fluchtwelle von mehreren Millionen Personen, wie sie auch von sowjetischen Vertretern an die Wand gemalt wird, erscheint als nicht sehr wahrscheinlich. Dennoch werden Ueberlegungen gemacht und Massnahmen vorbereitet für den Fall, dass es dazu kommen sollte. Zu begrüssen wäre die Einführung der Visumpflicht für sowjetische Bürger durch die osteuropäischen Staaten. Die CSFR hat bereits positive Signale dazu gegeben. (Beilage 2: statistische Angaben)

### Rumänien

Die Herren A. Arbenz, B. Kålfors (Schweden) und R. Weiersmüller, welche als Mitglieder der Abklärungsdelegation vom 18. - 22. November in Bukarest weilten, berichten über die Lage in Rumänien (Beilage 3a - e) und machen folgende Vorschläge für eine Eindämmung der Auswanderung und die Repatriierung von abgewiesenen Asylbewerbern:

1. Humanitäre Soforthilfe;
2. Unterstützung beim Aufbau von demokratischen und rechtlichen Institutionen; Ausbildung von Richtern und Justizbeamten;.
3. Koordination der Rückkehr von abgewiesenen Asylbewerbern;
4. Wirtschaftliche Unterstützung, mittel- und langfristig.

Diese Vorschläge werden von den meisten Delegationen gutgeheissen, wobei festgehalten wird, dass die Repatriierung und Rückkehrhilfe sehr sorgfältig angegangen werden müssen, um einerseits der Menschenrechtssituation in Rumänien gerecht zu werden und um andererseits zu vermeiden, dass mit einer zu grosszügigen Hilfe an abgewiesene Asylbewerber eine weitere Emigration provoziert wird.

Das Sekretariat der Informellen Konsultationen wird als Unterlage für den Dialog mit den rumänischen Behörden ein Papier erstellen. Eine Delegation wird sich daraufhin in der zweiten Februarhälfte 1991 nochmals nach Bukarest begeben. Sie wird unter der Leitung des UNHCR stehen und Vertreter der BRD, Oesterreichs, Schwedens, der Schweiz und ev. Frankreichs einschliessen.

#### Irakische Flüchtlinge in der Türkei

Der UNHCR und die amerikanische Delegation berichten über Ihre Gespräche mit den türkischen Behörden im Zusammenhang mit der Uebernahme von irakischen Flüchtlingen, die sich in Lagern im Südosten der Türkei aufhalten. Das Resettlement-Programm sollte anfangs 1991 anlaufen (Beilage 4).

#### Arbeitsgruppe über ausweislose Asylbewerber

Der schwedische Sitzungsleiter berichtet über das letzte Treffen der Arbeitsgruppe vom 8./9. November (Beilage 5).

#### Erstasylabkommen der EG

Für die Schweiz von Bedeutung ist ein Zwischenbericht von Staatssekretär Lempert (Schweden) über die Gespräche mit den Herren Lo Iacono, Präsident der Ad-Hoc-Gruppe Immigration der EG, und de Lobkowitz, Vertreter der EG-Kommission, über die Ausweitung des Dubliner Erstasylabkommens. Eine Speaking Note sowie ein Papier mit Detailfragen wurden der italienischen EG-Präsidentschaft unterbreitet (Beilage 6a und 6b).

#### NYON III - Internationale Strategieguppe

Das Sekretariat der Informellen Konsultationen wird zusammen mit der Schweiz ein Basisdokument erstellen, das die Resultate der ersten beiden Treffen der internationalen Strategieguppe zusammenfasst. Zusätzlich fertigt das Sekretariat (auf Wunsch

- 4 -

Frankreichs) einen Bericht an, der als bereinigtes und genehmigtes Papier innerhalb der Verwaltungen in die Zirkulation gegeben werden kann .

Der Vertreter der BRD offeriert, NYON III unter dem Vorsitz der Schweiz in Deutschland durchzuführen. Datum: 25./26. Februar 1991. Der genaue Ort ist noch zu bestimmen. Es kommen Leipzig oder Berlin in Frage.

Europäische Ministerkonferenz über Ost-West-Migration in Wien

14. Januar 1991: Vorbereitungssitzung in Strassburg  
 23. Januar 1991: letztes Vorbereitungstreffen in Wien der offiziellen Delegationen  
 24./25. Januar 1991: Konferenz

Am Samstag, 26. Januar (10.30 Uhr bis Mitte Nachmittag) treffen sich die Minister Kanadas, Schwedens, der Niederlande und der Schweiz in kleinem Kreise zur Beratung des weiteren Vorgehens.

Entwurf des Schlussdokuments: Aenderungsvorschläge werden am 14. Januar in Strassburg diskutiert.

Sobald als möglich ist der österreichischen Regierung die Zusammensetzung der Delegation zu melden.

6. Treffen der Teilnehmerstaaten der Informellen Konsultationen

Das Folgetreffen von Wien/Semmering soll Ende Frühling/anfangs Sommer 1991 stattfinden. Als Ort steht Finnland zur Diskussion. Dänemark scheint die Sponsorrolle beibehalten zu wollen.

KOORDINATOR FUER INTER-  
 NATIONALE FLUECHTLINGSPOLITIK

*R. Weiersmüller*

(Rudolf Weiersmüller)

Beilagen

1. Auszug aus dem Entwurf zum neuen Passgesetz der UdSSR
  2. Emigration from the Soviet Union since 1987  
Exodus from East to West
  3. a) Kurzbericht über die Abklärungsmission in Rumänien,  
von A. Arbenz, BFF  
b) Zusatzbericht von R. Weiersmüller, EDA  
c) Mission exploratoire en Roumanie, UNHCR  
d) A possible Rumania Project, UNHCR  
e) Some Economic/Financial Indiations concerning Rumania
  4. Resettlement of Iraqi refugees from "Temporary Accommodation  
Centres" in South-East Turkey, UNHCR
  5. Informal meeting of Working Group on Un-Documented Asylum-See-  
kers
  6. a) Speaking note of the Swedish Minister of the Interior,  
Mr. B.K.A Johannson, for the meeting in Rome on 6 Dec.  
1990 with the Presidency of the EC Ministers of Justice  
and the Interior  
b) Erstasylabkommen: Text to be submitted to the Italian  
Presidency
- Teilnehmerliste der Sitzung vom 14.12.90
- Some information on activities undertaken 1987-1990 in the  
framework of the informal consultations on asylum, refugee and  
migration policies in Europe, North America and Australia;  
UNHCR, December 1990